

Höring will nicht gehen...

Dresdner SPD-Führer lassen den Faschisten Höring auf Gautagung sprechen. Die Volkszeitung belügt ihre Leser. Reichsbannerproleten, her zur roten Einheitsfront!

Dresden, den 16. Dezember.

Die Entwicklung des berüchtigten Reichsbannerführers Höring zum offenen Faschisten, die in seinem „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ deutlich zum Ausdruck kam, hat die sozialdemokratischen Reichsbannerführer gezwungen, vor den mißtrauisch gewordenen AB-Arbeitern ein verlogenes Täuschungsmando zu vollziehen. Sie rühten nach außen hin von Höring ab, gleichzeitig aber führen sie den Kurs Hörings verschärft weiter. Höring benutzte dies, um sofort wieder vorzustößen. Die Dresdener ehemals linken SPD-Führer haben ihm dazu eine direkte Plattform geschaffen. Auf der Gautagung des ostfälischen Reichsbanners konnte Höring eine demagogische Hehrede halten, die sich nach anfänglicher Polemik gegen Hitler schließlich offen und brutal gegen die revolutionäre Arbeiterkraft wandte. Er erklärte ganz offen, daß die Reichsbannerarbeiter eingeseht werden müßten für die Erhaltung des Weimarer Regimes einschließlich der Notverordnungen. Er verlangte strikte Einhaltung des Uniform- und Abzeichenverbotes, das die Reichsbanner- und SPD-Arbeiter ebenso trifft, wie die kommunistischen Proleten. Sein faschistisches Arbeitsbeschaffungsprogramm ist ja auch im Grunde nichts anderes als eine Ergänzung des Notverordnungsregimes.

Den Rednerboden für diesen Faschistenhauptidee schufen die Dresdner SPD-Führer.

Die Dresdner Volkszeitung geht dabei sogar so weit, daß sie gestern noch eine Meldung veröffentlicht, wonach zwar eine „Umgruppierung des Reichsbannervorstandes“ nicht aber die Abhebung Hörings angeht. Das bezeichnete ist, daß die Volkszeitung die Dinge auf „alljährliche Krankheitsfälle“ Hörings zurückzuführen sucht. Am selben Tage weiß aber bereits die Volkszeitung in Chemnitz über „Umstellung“ im Reichsbanner zu berichten, wonach der Rücktritt Hörings

unmittelbar bevorstehen soll und der Bundesvorstand nach Berlin verlegt wird. Die Volkszeitung versucht also bewußt ihre Leser zu täuschen. Sie muß das tun, um vor den Reichsbannerarbeitern die Tatsache zu vertuschen, daß die ostfälische Gau-Führung Höring noch vor drei Tagen offene Zutrittsdienste geleistet hat, indem sie ihn auf der Gautagung sprechen ließ. Höring selbst widerlegt auf seine Art den Schwindel von den „jährlichen Krankheitsfällen“.

Durch die bürgerliche Presse läßt er folgenden erklären: „Alle Meldungen über meinen bevorstehenden Rücktritt von der Bundesführung des Reichsbanners sind frei erfunden. Ich freue mich allerbesten Gesundheit und denke gar nicht daran, die Führung des Reichsbanners niederzulegen.“

Mit dieser Erklärung sind die ganzen verlogenen Vertuschungs- und Verhüllungsbemühungen der SPD-Presse zusammengebrochen. Der Mann, der das Wort prägte, „Der erste Tag muß ein bittiger sein“, denkt nicht daran, auch nur noch außen hin Konzessionen zu machen. Er glaubt auf hitlerische Art seinen Willen rücksichtslos auch gegen die Reichsbannerarbeiter durchsetzen zu können. Und diesem Faschisten haben die Edel und Haufe in Ostfalen eine neue Plattform zu schaffen versucht, nachdem sie bereits die bestehenden Abwehrartikel besonders in der Oberlausitz liquidiert hatten.

Die ostfälischen Reichsbannerarbeiter werden jetzt erkennen, welche verbrecherische Spiel ihre Führung treibt. Nur eine Front kann über den Faschismus, der Regierungsmethode der Bourgeoisie in dieser Situation, siegen, das ist die Front mit der revolutionären Arbeiterkraft, das ist die rote Einheit mit den Kommunisten! Nur im härtesten Klassenkampf gegen die Bourgeoisie und alle Wortführer ihrer Herrschaft, wird die Arbeiterklasse imstande sein, der kapitalistischen Diktatur, dem Faschismus ein Ende zu bereiten.

Erwerbslosenaktion in Berlin!

Erwerbslosenausfluß erzwingt Anerkennung als Vertretung der Arbeitslosen!

Berlin, 16. Dezember. (Eig. Meldung.)

Gestern versuchte eine Delegation von Charlottenburger Erwerbslosen den Reichsfinanzminister Brüning zu sprechen, wurde aber nicht in das Haus gelassen. Darauf ging die Delegation zum preussischen Wohlfahrtsminister Hirtfelder, der auch nicht zu sprechen war. Der Ministerialrat Wittelschöfer empfing dann die Delegation, erklärte sich aber für die überreichten Forderungen nicht zuständig. Er erkannte aber die Delegation als Vertretung der Erwerbslosen des Arbeitsamtes Nord an.

Von weiteren Erwerbslosenkundgebungen am 15. Dezember berichtet die Jugendergische Nachtausgabe:

„Vor dem Arbeitsamt Spreestraße, Charlottenburg, sammelten sich mehrere hundert Erwerbslose an. Ueberfallkommandos und berittene Polizeistreifen zerstreuten die Menge unter Anwendung der Gummiknüttel. Drei Personen, die den Anordnungen der Polizei keine Folge leisteten, wurden festgenommen.“

In der Gleimstraße (Berlin-Nord) sammelten sich vor dem dortigen Arbeitsnachweis ebenfalls mehrere hundert Personen an, die einen Demonstrationzug bilden und die Schönhauser Allee entlang marschieren. Beamte des 63. Polizeiregiments lösten den Zug ohne Zwischenfälle auf.

Vor dem Rathaus Spandau bildete sich um die Mittagszeit ein mehrere hundert Personen zählender Zug, der die Potsdamer Straße über den Markt nach der Breiten Straße marschierte und sich dort auflöste, als Polizei erschien. Hier wurde ein Mann zwangsgestellt.“

Noter Vormarsch bei der Reichsbahn

Am 5. und 6. Dezember fanden im Reichsbahnbetriebsbereich in Kottbus die Nachwahlen für den Bezirksbetriebsrat statt. Die Wahl vom Mai d. J. ist vom Arbeitsgericht auf Antrag der RBD für ungültig erklärt worden, weil die RBD-Liste durch

Nazibefehl: Versammlungsprengung!

Neue Terror- und Blutdokumente der Hitlerpartei

Kottbus, 14. Dezember. Trozdem Hitler auch nach Bekanntwerden der heillosen Arbeitermord-Dokumente immer wieder seine Legallität beteuert, ist jetzt ein neues Dokument der Nazis aus Tageslicht gekommen, aus dem unzweifelhaft hervorgeht, daß die Nazis Zusammenkünfte mit den revolutionären Arbeitern organisieren. Es handelt sich um einen Befehl des Bezirksleiters der Nazis, Roagke in Kottbus, dessen entscheidende Stellen lauten:

Bezirksbefehl 16/31 der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Gau Ostmark, Bezirk Lausitz-Mitte (Cottbus-Spremberg), Bezirksleiter: G. Roagke, Cottbus, Bahnhofstr. 74, Bezirksgeschäftsstelle: Cottbus, Bahnhofstr. 74, Hof. 1. Betr. Landwirtschaftsversammlung. Das Jahr 1932 muß, wie unsere Führer immer wieder betonen, den nationalsozialistischen Sieg bringen. Wir wissen, daß er in den ersten Monaten des Jahres 1932 entschieden werden muß, darum werden wir die Frühjahrsoffensive auch in unserm gesamten Bezirk in einer Form durchzuführen, wie sie in ähnlicher Form bisher noch nicht geführt worden ist. V. Betr. Gegner (wichtig!).

Die Sozialdemokratie, diese Verbrecherpartei, hat nicht mehr das Recht, draußen auf dem flachen Lande ebenso wie in den Städten unsere Volksgenossen durch Veranstaltungen zu belästigen. Entgegen den bisherigen Anordnungen wird hiermit befohlen, daß jede Versammlung der sozialdemokratischen Partei von der gesamten Parteigenossenschaft zu besuchen ist. Jeder Ga-Führer ist verpflichtet, sofort bei Bekanntwerden einer Versammlung seinem Kreisleiter oder unterzeichneten Bezirksleiter das Statistende der Versammlung mitzuteilen und einen Disziplinierungsbescheid anzufordern. Sollte die Gefahr bestehen, daß der Gegner Führer in der Versammlung vertreten ist, so ist zum Schutz unseres Disziplinierungsbescheides

in jedem Falle die SM. der umliegenden Ortschaften zusammenzuführen.

Unserem Gegner muß in jedem Falle genügend Redezeit zugesichert werden; nach Möglichkeit ist aus der Versammlung eine nationalsozialistische zu machen.

Ich erwarte, daß diese Anweisungen überall restlos durchgeführt werden.

Für kommunistische Versammlungen gilt das gleiche. Im übrigen erlaube ich, daß die Kommunisten ebenso wie das Reichsbanner versuchen, mit verstärkter Propaganda (Verteilung von Zeitschriften, Kalendern, Verkauf von Zeitungen, Sammlungen) Einfluß auf dem flachen Lande zu gewinnen. Dieser Propaganda ist mit allen Mitteln härtestens entgegenzutreten.

Sorgt überall dafür, daß die roten Brüder in Zukunft keine Lust mehr verspüren, sich auf dem flachen Lande sehen zu lassen.

Der Befehl enthält mit vollkommener Klarheit, daß die Nazis bewußt Arbeiterversammlungen auf dem flachen Lande sprengen. Die Aufforderung, in die kommunistischen Versammlungen zu gehen und die Kommunisten vom Land zu vertreiben, bedeutet die offene Organisierung von Gewalttätigkeiten. Obwohl dies Dokument schon einige Tage in Kottbus bekannt ist, ist gegen den Verfasser bisher noch nicht das geringste unternommen worden.

Daß die Nazis eine solche Angst vor kommunistischen Versammlungen auf dem Land haben, ist verständlich. Die Nazis fürchten die kommunistische Auffklärung, die den kleinen Bauern die Augen über den Verrat der Hakenkreuzler öffnet. Aber kein Naziterror wird verhindern, daß auch die werktätigen Bauern sich in die rote Front gegen den Faschismus einreihen.

Heute Landtagsdebatte über SPD-Anträge

Dresden, den 16. Dezember.

Heute mittag ist der Landtag zusammengetreten, nachdem Präsident Wedel eine Tagung während des Volksbegehrens unmittelbar nach Verkündung der Notverordnung verschoben hat. Auf der heutigen Tagesordnung stehen die kommunalistischen Anträge, die sich mit der Forderung der Schließung des Bluterrors der Nazis in Sachsen befassen.

Am 17. Dezember erscheint



das grundlegende Werk über **DIE SOWJET UNION** von **H. REMMELE** 1. Band 300 Seiten gebunden **Mk. 2.85**

zu beziehen durch alle Litobleteure und Buchhandlungen

VERLAG CARL HOYM NACHF. HAMBURG / BERLIN NW 6

Ueber 100 Prozent Stimmengewinn in Stuttgart

Große Erfolge bei württembergischen Gemeinderatswahlen

Am Sonntag waren in Württemberg Gemeinderatswahlen. Die ersten Resultate liegen vor. Überhaußen:

NSD	535 Stimmen (Reichstagswahl 235 Stimmen)
SPD	77 Stimmen (Reichstagswahl 333 Stimmen)
Nazis	188 Stimmen (Reichstagswahl 103 Stimmen)

Ähnliche Resultate werden auch von anderen Orten gemeldet.

Betriebsratessen bei Kantorowicz & Co.

In dem bekannten Betrieb Kantorowicz u. Co., Wärfel u. in Breslau, wurde der Betriebsrat nur von roten Kandidaten besetzt. Die Reformisten waren nicht in der Lage, eine eigene Liste aufzustellen.

Nankings Regierungspaläste brennen!

Nanking, 16. Dezember. (Eig. Bericht.)

Die Nachricht vom Rücktritt Tschang Kai-scheks, die sich wie ein Lauffeuer in Nanking verbreitete, hat die Folge der wachsenden Studentenunruhen außerordentlich gespannte Lage in der Stadt aufs höchste zugepoint.

Gestern mittag führte ein Trupp von über 800 Studenten das Nanking Innenministerium, besetzte alle Räume und demolierte sie. Ein Teil ging in Flammen auf. Andere Trupps zogen zum Gebäude der Kuomintang zentral und schlugen alle Fenster ein. Polizeitruppen, die die Demonstrationen mit Waffengewalt auseinanderreiben sollten, wurden von den Studenten nach erbittertem Kampfe entwaffnet. Die Studenten drangen darauf in das Parteigebäude ein, aus dem die Führer bereits entflohen waren.

Große Studententrupps begaben sich zum Sitz der Regierung und forderten, daß Tschang Kai-schek vor ihnen erscheine und Rechenschaft ablege. Inzwischen hatten sich Arbeiter in Massen den Studenten angeschlossen. Die Polizei hat sich nach kurzem Feuergefecht zurückgezogen. Der Präsident der Provinz-

zialregierung von Kwangtung, Tscheng ming-shu, der politisch den Kollon Tschang Kai-schek verwaltet, wurde beim Versuch, das Regierungsgebäude heimlich zu verlassen, verhaftet. Zur Stunde wird das Regierungsgebäude weiter von den Massen belagert.

Nach dem Naziattentat Kommunistenrazzia

Verhaftungen revolutionärer Arbeiter in Torgau.

Torgau, 15. Dezember (Eig. Meld.)

Die hiesige Polizei durchsuchte heute vormittag in Torgau und Umgebung der Stadt die Wohnungen von allen bekannten Kommunisten. Eine Reihe auswärtige Kommandos wurden zur Verstärkung herangezogen. Nach dem Polizeibericht sollen 10 Personen und einige Dolche gefunden worden sein. Sieben Geschäfte wurden verhaftet.

Diese Aktion gegen die Kommunisten nach dem freudigen Sprengstoffattentat der Nazis auf die SPD-Arbeiter mißt ein grelles Schlaglicht auf den heutigen Kurs. Über diese Vorgänge öffnen auch den SPD-Arbeitern die Augen. Sie werden die Notwendigkeit der Einheitsfront mit den SPD-Arbeitern erkennen.

Geschütze und Giftgas

Hoffnungen der Naziführer

Im nationalsozialistischen Berliner Schulbesuchter Schrift der Berliner Naziführer von Leers wörtlich folgendes:

„Wie behoben aus ganzen Herzen die strahlende Technik, die unserm Volke Waffen und Lebensmöglichkeiten geben soll, die Eisenwerke, die uns Geschütze, die Laboratorien, die einmündigen nationalsozialistischen Heeren das modernste und vernichtendste Giftgas geben sollen, um Deutschland zu schützen und zu vergrößern.“

Da Hitler nur einen Feind kennt, den Kommunismus und die Sowjetunion, so ist unzweifelhaft, gegen wen die Naziführer zielen. Das werktätige Volk weiß genau wie es diese unerschütterliche Kriegsbegehr einzuschätzen hat. Die rote Kampffront gegen die imperialistischen Kriegsheer wird sich verstärken.

Bauern unterstützen streikende Landarbeiter!

Eine glänzende Solidaritätsaktion organisierten die Mühlbrück-Bauern für die in Ostpreußen streikenden Landarbeiter. 60 Bauerndelegierte haben auf der Bauernkonferenz in Pautsch beschlossen, für die von den Gutsbesitzern dem Bauern preisgegebenen Deputationspflichtige Deu auf Wärfelwegen ins 120 Kilometer weit abliegende Stettin zu fahren. Nach der Karlsruher und Frankfurter Mühlbrückbauern haben denselben Beschluß gefaßt. Das ist das Wundbar der Arbeiter und Bauern in der Tat.